



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 14. Dezember 2016
(OR. en)

15557/16

COPEN 387
EUROJUST 169
EJN 91

VERMERK

Absender:	Herr Dimiter Tzantchev, Botschafter, Ständige Vertretung der Republik Bulgarien bei der Europäischen Union
vom	22. November 2016
Empfänger:	Frau Christine Roger, Generaldirektorin, Rat der Europäischen Union
Betr.:	Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2009/829/JI des Rates vom 23. Oktober 2009 über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft – Mitteilung der Republik Bulgarien

Sehr geehrte Frau Generaldirektorin,

anbei erhalten Sie die Mitteilungen der Republik Bulgarien betreffend den Rahmenbeschluss 2009/829/JI des Rates über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft.

(Schlussformel)

gez. Dimiter Tzantchev

Entsprechend der Verpflichtung der Republik Bulgarien zur Umsetzung des *Rahmenbeschlusses 2009/829/JI des Rates über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft* ist das "Gesetz über die Anerkennung, Vollstreckung und Übermittlung von Entscheidungen über die Anwendung von anderen Überwachungsmaßnahmen als Freiheitsentzug" erlassen worden (Staatsanzeiger Nr. 33 vom 26. April 2016). Das Gesetz wird am 27. Mai 2016 in Kraft treten.

In diesem Zusammenhang übermitteln wir gemäß dem Rahmenbeschluss die folgenden Mitteilungen und Erklärungen:

1) Mitteilungen gemäß Artikel 6 Absatz 1 ("Benennung der zuständigen Behörden"):

In der Republik Bulgarien ist die Behörde, die für die Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ergangenen Entscheidung über andere Überwachungsmaßnahmen als Freiheitentzug zuständig ist, das Landgericht am Wohnort der Person, auf die die Maßnahme angewandt werden soll. Hat die betreffende Person keinen Wohnsitz im bulgarischen Hoheitsgebiet, so ist die für die Anerkennung zuständige Behörde das Gericht der Stadt Sofia.

Die Behörde, die dafür zuständig ist, eine Entscheidung über eine Überwachungsmaßnahme einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zu übermitteln, ist der überwachende Staatsanwalt.

2) Mitteilungen gemäß Artikel 8 Absatz 2 ("Arten von Überwachungsmaßnahmen"):

Bulgarien ist bereit, folgende Maßnahmen zu überwachen:

a) Verpflichtung, sich bestimmter Aktivitäten, die mit der bzw. den zur Last gelegten Straftat(en) im Zusammenhang stehen, einschließlich bestimmter Berufe oder Beschäftigungen zu enthalten, oder

b) Verpflichtung, einen bestimmten Geldbetrag zu hinterlegen oder eine andere Sicherheitsleistung zu erbringen, entweder in festgelegten Raten oder als Gesamtbetrag.

3) Mitteilungen gemäß Artikel 9 Absatz 4 ("Kriterien dafür, an welchen Mitgliedstaat die Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen übermittelt werden kann")

Gemäß Artikel 9 Absatz 4 kann Bulgarien eine Entscheidung über eine Überwachungsmaßnahme für eine Person, die nicht ununterbrochen oder ständig im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien wohnt, anerkennen und überwachen, wenn mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

1. Die Person ist bulgarischer Staatsangehöriger;
2. die Überwachungsmaßnahme kann in der Republik Bulgarien überwacht werden;
3. die Person hat erklärt, dass sie im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien wohnen wird, um einer bestimmten Arbeit nachzugehen;
4. die Person ist Mitglied einer Familie, die ständig in der Republik Bulgarien wohnt;
5. die Person hat erklärt, dass sie im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien wohnen wird, um eine Berufs- oder sonstige Ausbildung zu absolvieren.

4) Mitteilungen gemäß Artikel 21 Absatz 3 ("Übergabe der Person"):

Die Republik Bulgarien macht von der Möglichkeit der Anwendung von Artikel 2 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten Gebrauch.

5) Erklärung gemäß Artikel 24 ("Sprachenregelung"):

Die Republik Bulgarien erklärt, dass sie eine Übersetzung der Bescheinigung ins Bulgarische akzeptiert.
